Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektionen und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1821. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

[illegible] Bezug monatlich für den laufenden Tag [illegible] Nr. bis Zeit einer weiteren Woche: Bezug aus Hause [illegible] Mk. 1.30, beim Boten in der Geschäftsstelle monatlich 80 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Montagsnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 83 — **Donnerstag, den 9. April 1931.** — **86. Jahrgang**

Tagesschau.

* Die Aussprache zwischen den deutschen und englischen Staatsmännern in London wird erst nach der Genfer Tagung, und zwar vom 5. bis 9. Juni stattfinden.

* Voraussichtlich wird in diesem Sommer ein britisches Geschwader zum ersten Male seit 1914 einen deutschen Hafen, und zwar Kiel, besuchen. Die Verhandlungen sind so weit gediehen, daß nur noch die formelle Einladung und ihre Annahme fehlen.

* Der Aeltestenrat des Reichstages hat die Anträge auf Einberufung des Reichstages abgelehnt.

In der zweiten Hälfte des März ist die Zahl der Erwerbslosen im Reiche beträchtlich zurückgegangen, und zwar um etwa 200 000.

* Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute früh 6,08 Uhr unter der Führung von Dr. Eckener zur Fahrt nach Aegypten aufgestiegen. An Bord befinden sich 25 Fahrgäste.

* Der Gouverneur der Bank von England hat sich nach Washington begeben, wo er mit führenden Persönlichkeiten aus Regierung und Hochfinanz verhandelt.

Ausführliches an anderer Stelle.

Reichstag und Notverordnung.

[illegible] des Reichstages bis von der [illegible] Wiederholung des Parlaments zum Zwecke der Stellungnahme zur Notverordnung vom 28. März ablehnte, konnte nach der eigenartigen Rechtslage gewiß der augenblicklichen Reichstagspause nicht mehr überraschen. Denn der Reichstag hat sich nicht eigentlich im Sinne seiner Geschäftsordnung „vertagt", sondern er hat nur die nächste Sitzung auf einen bestimmten späteren Termin anberaumt. Nur auf diese Weise konnte die Bestimmung, daß der Reichstag auf Verlangen eines Drittels seiner Mitglieder jederzeit einzuberufen ist, umgangen werden. Wie schwach aber die juristische Basis dieses Umgehungsversuchs ist, beweisen die Ausführungen des Reichstagspräsidenten Loebe, der vor allem die Zweckmäßigkeit einer Einberufung des Reichstages im Hinblick darauf betont, daß die Mehrheit bei einem erzwungenen, früheren Zusammentritt des Parlaments zweifellos durch einen einzigen Abgesandten die Beschlußunfähigkeit des Hauses feststellen lassen würde. Nur so ist es auch zu erklären, daß Herr Loebe die ganz neuartige Methode verfolgt, den abwesenden Reichstag sozusagen abstimmen zu lassen und erst dann die Einberufung wirklich vorzunehmen, wenn mehr als die Hälfte der Reichstagsmitglieder ihre Zustimmung zum Ausdruck bringt.

Diese Geschäftsordnungs-Technik erleichtert der Regierung und dem Reichstagspräsidenten zweifellos die Bekämpfung oppositioneller Wünsche. Politisch aber kommt man mit diesem Mittel nicht weiter. Und politisch handelt es sich im Augenblick doch in erster Linie um die Frage, ob auch in Zukunft entgegen dem Versprechen der Reichsregierung und entgegen den nach Aussage der Reichsregierung von der preußischen Regierung übernommenen Verpflichtungen die Notverordnung vom 28. März gegen die legale Propaganda zum Stahlhelm-Volksbegehren auf Auflösung des Preußischen Landtages angewandt werden soll. Schon die erste Woche Notverordnungs-Praxis hat eine ganze Reihe von Fällen der angeblich verbotenen Anwendung gegen das Volksbegehren gebracht. Wenn trotz dieser Ereignisse — vielleicht aus allgemeinpolitischen Erwägungen heraus — die Brüning-Koalition im Aeltestenrat des Reichstags noch zusammenhält, so ist kaum damit zu rechnen, daß die sogenannten „Parteien der rechten Mitte", die in Preußen für das Volksbegehren eintreten, auf die Dauer im Reich eine Politik mitmachen, die dem Volksbegehren das Wasser abgräbt. Diese Zwitterstellung mit all ihren unangenehmen Folgen kann sich keine dieser Parteien auf die Dauer leisten.

Es bleibt abzuwarten, ob Regierung und Reichstagsvertretung einen Weg finden, die merkwürdigen Widersprüche, die sich um die Notverordnung häufen, in irgendeinem der Ausschüsse des Reichstages zur Sprache zu bringen. Um die Notwendigkeit einer Aufklärung der Widersprüche kommt man nicht herum, denn die Einhaltung eines sozusagen im Namen des Reichspräsidenten gegebenen Regierungsversprechens ist keine Machtfrage mehr, sondern ein einfaches Gebot des primitiven Rechtsgefühls, das nicht ungestraft verletzt werden darf. Geschieht nichts in der Frage der verbotenen Anwendung der Notverordnung gegen das Volksbegehren auf Auflösung des Preußischen Landtags, dann dürfte eine nächste Tagung des Aeltestenrates wahrscheinlich ein anderes Ergebnis haben.

Die englisch-deutsche Ministerbesprechung erst nach der Genfer Tagung.

Verschiebung auf 5. Juni.

Berlin, 8. April. (Eig. Meldg.) Die auf englische Initiative eingeleiteten Besprechungen zwischen London und Berlin über den Besuch des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsaußenministers Dr. Curtius bei dem englischen Premierminister sind heute abgeschlossen worden. Die englische Regierung hat die beiden deutschen Staatsmänner eingeladen, am 5. Juni nach Chequers zu kommen und bis zum 9. Juni als Gast der englischen Regierung in Chequers und London zu bleiben. Geplant ist eine intime freundschaftliche Aussprache über alle wichtigen Fragen, welche die beiden Länder berühren. Die ursprünglich für eine der beiden ersten Maiwochen in Aussicht genommene Zusammenkunft mußte auf die Zeit nach Pfingsten verlegt werden, weil für die ersten Maitage der englische Premierminister und mehrere seiner Kollegen bereits anderweitig gebunden waren und weil das zweite Wochenende im Mai zeitlich zu nahe an die Tagung des Europaausschusses und die daran anschließende Ratstagung rückte.

•

Die deutschen Minister, in deren Begleitung sich eine Anzahl von Sekretären befinden wird, werden in London in der Nacht zum Freitag, den 5. Juni, eintreffen und den Sonnabend und Sonntag in Chequers verbringen. Am Montag, den 8. Juni, wird in der deutschen Botschaft ein Bankett für die britische Regierung und das Diplomatische Corps, verbunden mit einem Empfang stattfinden. Die deutschen Minister werden am Dienstag, den 9. Juni, nach Berlin zurückreisen.

•

Berlin, 9. April. (Eigene Drahtmeldung.) Eine Anzahl Morgenblätter beschäftigt sich mit der Verschiebung der deutsch-englischen Aussprache in Chequers auf den Juni. „D. A. Z.", „Deutsche Tageszeitung" und „Tag" sehen darin einen Erfolg der französischen Hetze gegen diese Konferenz. — Die „Germania" fordert, daß man sich nunmehr nicht mehr allzulange bei der Vorgeschichte aufhalten solle, obwohl gar kein Hehl daraus zu machen sei, daß der 1. oder der 8. Mai willkommener gewesen wären, da sie vor der Tagung des Völkerbundsrates liegen. — Die „Voss. Ztg." schreibt: So wertvoll eine deutsch-englische Aussprache über die Probleme der internationalen Politik ist, so bleibe ihr Ergebnis doch abhängig von den Vereinbarungen aller interessierten Mächte. Wenn die Tafelrunde in Chequers vergrößert wird, haben Brüning und Curtius keine Ursache, verstimmt zu sein.

„Die Verschiebung ein französischer Erfolg".

Paris, 8. April. Es ist äußerst charakteristisch für die Einstellung der hiesigen politischen Oeffentlichkeit, daß trotz aller Verständigungsphrasen die Einladung an Reichskanzler Brüning und Außenminister Curtius nach Chequers gewissermaßen als Beleidigung für Frankreich aufgefaßt wird. Der Gedanke, daß die deutschen „Hauptangeklagten" (Zollunion) womöglich noch vor der Genfer „Gerichtsverhandlung" als vollkommen gleichberechtigte Gäste in das Landhaus Cromwells einziehen sollten, ist der französischen Siegermentalität unerträglich. Als dann noch das aus England stammende Gerücht auftauchte, daß Briand keine offizielle Einladung zu dieser Zusammenkunft erhalten habe, erreichte die allgemeine Empörung ihren Höhepunkt. Man behauptete und behauptet übrigens auch heute noch, daß die englische Politik in der Frage des Flottenabkommens mit Rom gemeinsame Sache mache und den französischen Standpunkt sabotieren wolle. Gleichzeitig bezeichnet man die englische Geste gegenüber Deutschland als ebenso unsinnig wie gefährlich. England wolle offenbar zu seiner Vorkriegspolitik des europäischen Gleichgewichts zurückkehren, was einen Verrat an Frankreich bedeute.

In der Zeitung Paris Nouvelle fragt der außenpolitische Leitartikler Jacque, ob England den Berliner Einflüsterungen nachgeben oder auf Frankreich hören wolle. Die diplomatische Entwicklung schlage einen ausgesprochen schlechten Weg ein und ein neuer Zwischenfall (das heißt die Einladung der Deutschen) erschüttere das europäische Gefüge. Andere politische Kreise greifen in diesem Zusammenhang das reichlich abgenützte Schlagwort von der Gefährdung des Friedens wieder auf und erregen sich über die „neuen diplomatischen Methoden" des Foreign Office. Mit besonderer Befriedigung wird am Mittwoch festgestellt, daß England doch nicht auf seiner ursprünglichen Absicht beharren werde, die deutschen Minister noch vor der Genfer Tagung in Chequers zu sehen. Das sei ein Erfolg für den französischen Standpunkt. Die Vernunft fordere, daß Henderson wenigstens in diesem Punkte die französischen Wünsche beachte. Wenn die Begegnung in Chequers erst nach Genf stattfinde, verliere sie den größten Teil ihrer in Deutschland erhofften Bedeutung.

Was plant Briand?

Die Besprechung Laval-Briand im Spiegel der Pariser Presse.

Paris, 9. April. (Drahtb.) In der gesamten französischen Presse wird der gestrigen Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem Außenminister Briand große Bedeutung beigemessen.

Eingehendere Angaben als die übrigen Blätter macht „Echo de Paris", das sich mit ihr besonders ausführlich beschäftigt. Laval und Briand sollen, so wird ausgeführt, die jüngsten diplomatischen Ereignisse, namentlich die Flottenverhandlungen, das österreichisch-deutsche Abkommen und vor allem die Haltung erörtert haben, welche die französische Delegation in Genf in der Frage der österreichisch-deutschen Zollgemeinschaft einzunehmen hätte. Briand habe sichtlich den ersten Gang dieser Partie verloren und wolle jetzt versuchen, den Verlust durch die Vorbereitung wirtschaftlicher Organisationspläne wieder einzuholen, die seiner Ansicht nach das deutsch-österreichische Abkommen zum Scheitern bringen oder wenigstens in seinen gefährlichen Folgen einschränken sollen. Zu diesem Zwecke würden Vertreter des Außen-, des Finanz-, des Landwirtschafts- und des Handelsministeriums in dieser Woche miteinander Fühlung nehmen. Namentlich würde geprüft werden, ob Frankreich den Agrarländern Mittel- und Osteuropas Vorzugszölle bewilligen könne, auch wenn deshalb mit dem System der Meistbegünstigungsklausel gebrochen werden müßte. Der Gedanke, der engen österreichisch-deutschen Zollunion eine erweiterte entgegenzustellen, an der Frankreich teilnehmen würde, sei ein Nebelgebilde, das einer näheren Prüfung nicht standhalte. Uebrigens böten die im Jahre 1926 ausgearbeiteten französischen Zolltarife Frankreich nicht mehr den nötigen Schutz. Anfang kommender Woche würde die Zollpolitik Frankreichs sachlich endgültig festgelegt und amtlich bekanntgegeben werden.

Henderson über die Bedeutung der Abrüstung.

London, 9. April. (Drahtb.) Henderson hielt gestern eine Rede über die auswärtige Politik, in der er u. a. ausführte: Wir sind entschlossen, alles in unserer Macht stehende zu tun, durch ein Abkommen zwischen den Nationen Abrüstung herbeizuführen. Heute sind wir dem Erfolge näher als je. Die Konferenz, die im Februar n. J. eröffnet wird, wird die größte Konferenz der Weltgeschichte sein. Ihr Zweck ist, die Nationen gegenseitig davon zu überzeugen, daß Krieg die verderblichste und nutzloseste aller menschlichen Torheiten ist und deshalb abgeschafft werden sollte.

Englischer Flottenbesuch in Kiel.

Zum ersten Male seit 1914.

Voraussichtlich wird, nach einer Meldung des „Daily Herald", in diesem Sommer ein britisches Geschwader zum ersten Male seit 1914 einen deutschen Hafen, und zwar Kiel, besuchen. In Kreisen der britischen Admiralität war bisher noch keine Bestätigung der Meldung des „Daily Herald" zu erhalten. Der Marinekorrespondent des genannten Blattes betont jedoch, daß private diplomatische Besprechungen über den vorgeschlagenen Besuch im Gange seien und — obgleich noch nichts offiziell geregelt worden sei — würden die Verhandlungen in freundschaftlichstem Geiste geführt. Es fehle sozusagen nur noch die formelle Einladung und Annahme. Das zweite britische Kreuzergeschwader, das den Besuch ausführen soll, besteht aus den Kreuzern „Hawkins" (Flaggschiff), „York", „Dorsetshire" und „Norfolk", sowie dem Minenleger-Kreuzer „Adventure". Der Kreuzer „Hawkins" wurde unmittelbar nach dem Kriege vollendet, aber alle anderen Schiffe sind späteren Datums und — laut „Daily Herald" — „Gegenstücke" zu den neuen deutschen Kreuzern „Emden", „Karlsruhe", „Königsberg" und „Köln". Einige dieser deutschen Schiffe würden — wie das Blatt meint — vielleicht in Kiel als Gastgeber fungieren.

SLUB
Wir führen Wissen.